

Erklärung zur gesonderten und einheitlichen Feststellung von Grundlagen für die Einkommensbesteuerung

Eingangsstempel

1 **Steuernummer**

An das Finanzamt

2

Allgemeine Angaben

Telefonische Rückfragen tagsüber unter Nr.

3 **Bezeichnung der Gesellschaft oder Gemeinschaft**

4

5

6

Straße

7

Hausnummer

Hausnummerzusatz

Adressergänzung

8

Postleitzahl

Ort

9

Rechtsform

10

Art der Tätigkeit

11

Bei Grundstücksgemeinschaften: Ort der Verwaltung (Straße, Hausnummer, Postfach, Ort)

12

Bei der Gesellschaft oder Gemeinschaft handelt es sich um

13 eine Gesellschaft / eine Gemeinschaft / ein ähnliches Modell i. S. d. §§ 2b / 15b EStG.

14 eine Gesellschaft i. S. d. § 15 Abs. 4 Satz 6 bis 8 EStG.

15 eine Kosten- / Hilfgemeinschaft.

Länderbezogener Bericht multinationaler Unternehmensgruppen

11

Das Unternehmen

1 = ist eine inländische Konzernobergesellschaft i. S. v. § 138a Abs. 1 Satz 1 AO.

2 = ist eine beauftragte Gesellschaft i. S. v. § 138a Abs. 3 AO.

3 = ist eine einbezogene inländische Konzerngesellschaft eines Konzerns mit ausländischer Konzernobergesellschaft i. S. v. § 138a Abs. 4 AO.

4 = ist eine inländische Betriebsstätte eines ausländischen Unternehmens, das als ausländische Konzernobergesellschaft oder als einbezogene ausländische Konzerngesellschaft in einen Konzernabschluss einbezogen ist.

16 5 = erfüllt keine der genannten Voraussetzungen.

46

Bitte 1, 2, 3, 4 oder 5 eintragen

Falls Zeile 16 mit „3“ oder „4“ beantwortet wurde:

Bezeichnung des Unternehmens, das den länderbezogenen Bericht des Konzerns übermitteln wird

17

18 **Länderschlüssel der Finanzbehörde, an die der länderbezogene Bericht des Konzerns übermittelt wird**

Empfangsvollmacht

Gemeinsamer, von allen Beteiligten bestellter Empfangsbevollmächtigter:

Name

19

Vorname

20

Straße

21

Hausnummer

Hausnummerzusatz

Adressergänzung

22

Postfach

23

Postleitzahl

Wohnort

24

Falls kein vertretungsberechtigter Geschäftsführer vorhanden ist, steht dem benannten Empfangsbevollmächtigten im Feststellungsverfahren grundsätzlich die ausschließliche Einspruchs- und Klagebefugnis zu (§ 352 Abgabenordnung, § 48 Finanzgerichtsordnung).

Eine in den Zeilen 19 bis 24 erteilte Empfangsvollmacht wirkt auch für künftige Feststellungszeiträume. Dies gilt nicht, falls diese Empfangsvollmacht gegenüber dem Finanzamt widerrufen, in der Feststellungserklärung für ein Folgejahr eine anderweitige Empfangsvollmacht erteilt wird oder dem Finanzamt eine auf einen anderen Empfänger lautende allgemeine, jahrgangneutrale Empfangsvollmacht vorliegt.

Art der Aufteilung

11

- 1 = nach gezeichnetem Kapital
 2 = nach Bruchteilen
 3 = nach eingezahltem Kapital
 0 = andere Aufteilung

11 Bitte 1, 2, 3
 oder 0 eintragen.

Zeitanteilige Aufteilung der Besteuerungsgrundlagen

– bei unterjähriger Änderung
 der Beteiligungsverhältnisse –

30

- 1 = keine zeitanteilige Aufteilung
 2 = halbjährliche Aufteilung
 4 = vierteljährliche Aufteilung
 6 = zweimonatliche Aufteilung
 12 = monatliche Aufteilung
 360 = tagesgenaue Aufteilung (Monate mit 30 Tagen)
 365 = tagesgenaue Aufteilung (Monate mit tatsächlichen Tagen)

19 Bitte 1, 2, 4, 6, 12,
 360 oder 365 eintragen.

Änderungen im Feststellungszeitraum

11

33 Vertragsunterlagen wurden bereits vorgelegt. sind beigelegt.

Datum

34 Zeitpunkt der Veräußerung
 oder Aufgabe des ganzen
 Betriebs eines Teil-
 betriebs eines ganzen Mitunter-
 nehmeranteils, der von
 der Gesellschaft gehalten
 wurde.

Abweichendes Wirtschaftsjahr / Rumpfwirtschaftsjahr

(nicht bei Land- und Forstwirten)

35 Abweichendes Wirtschaftsjahr 75 vom bis

36 Rumpfwirtschaftsjahr 75 vom bis 76

Steuerermäßigung nach § 35 EStG bei Änderung der Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse haben sich im Wirtschaftsjahr und / oder vor Ablauf des Kalenderjahres geändert:

- 1 = Es wird kein Antrag gem. Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 3.11.2016 (BStBl I S. 1187, Rn. 34 Satz 3) gestellt; die Beteiligungsverhältnisse haben sich nach Ablauf des Wirtschaftsjahres und vor Ablauf des Kalenderjahres geändert, aber es liegen keine Eintritte von Beteiligten nach Ablauf des Wirtschaftsjahres und vor Ablauf des Kalenderjahres vor.
 2 = Es wird kein Antrag gem. Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 3.11.2016 (BStBl I S. 1187, Rn. 34 Satz 3) gestellt; es liegen Eintritte von Beteiligten nach Ablauf des Wirtschaftsjahres und vor Ablauf des Kalenderjahres vor.
 3 = Es wird ein Antrag gem. Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 3.11.2016 (BStBl I S. 1187, Rn. 34 Satz 3) gestellt.

47 **Grundbesitz der Gesellschaft / Gemeinschaft**

38 Die Gesellschaft / Gemeinschaft ist Eigentümerin von Grundbesitz

40 1 = Ja
2 = Nein**Vergütungen an Ehegatten / Lebenspartner**

EUR

39 des Beteiligten, die als Betriebsausgaben / Werbungskosten abgezogen wurden

Empfänger und Art der Vergütung

Ehegatte /
 Lebenspartner
 des Beteiligten Nr.

Ergänzende Angaben zur Feststellungserklärung

41 Über die Angaben in der Feststellungserklärung hinaus sind weitere oder abweichende Angaben oder Sachverhalte zu berücksichtigen. Diese ergeben sich aus der beigelegten Anlage, welche mit der Überschrift „Ergänzende Angaben zur Feststellungserklärung“ gekennzeichnet ist.

15 1 = Ja

Hinweis: Wenn über die Angaben in der Feststellungserklärung hinaus weitere oder abweichende Angaben oder Sachverhalte berücksichtigt werden sollen, tragen Sie bitte eine „1“ ein. Gleiches gilt, wenn bei den in der Feststellungserklärung erfassten Angaben bewusst eine von der Verwaltungsauffassung abweichende Rechtsauffassung zugrunde gelegt wurde. Falls Sie mit Abgabe der Feststellungserklärung lediglich Belege und Aufstellungen einreichen, ist keine Eintragung vorzunehmen.

Unterschrift

Die mit der Feststellungserklärung angeforderten Daten werden aufgrund der §§ 149, 150 und 181 Abs. 2 der Abgabenordnung (AO) sowie § 180 Abs. 2 AO i. V. m. § 3 der Verordnung zu § 180 Abs. 2 AO erhoben.

Ich wurde von den Beteiligten bevollmächtigt, diese bei der Erstellung und Unterzeichnung der Feststellungserklärung zu vertreten. Der in den Zeilen 19 bis 24 benannte Bevollmächtigte wurde von sämtlichen Feststellungsbeteiligten bestellt. Ich habe alle Feststellungsbeteiligten davon in Kenntnis gesetzt, dass – soweit kein vertretungsberechtigter Geschäftsführer vorhanden ist – dem in den Zeilen 19 bis 24 benannten Bevollmächtigten im Feststellungsverfahren grundsätzlich die ausschließliche Einspruchs- und Klagebefugnis zusteht.

42 Die Feststellungserklärung wurde unter Mitwirkung eines Angehörigen der steuerberatenden Berufe i. S. d. §§ 3 und 4 des Steuerberatungsgesetzes erstellt: 1 = Ja

Bei der Anfertigung dieser Feststellungserklärung hat mitgewirkt:

43 Datum, eigenhändige Unterschrift
 der Person, die für die Erstellung der Feststellungserklärung verantwortlich ist.